



# Agrarpolitischer Arbeitskreis Ökologischer Landbau Brandenburg

## Frage

Teilen Sie die Einschätzung, dass viele Faktoren für eine deutliche Ausweitung des Ökolandbaus sprechen und würden Sie eine Erhöhung der Anbaufläche auf 20 % bis zum Jahre 2025 befürworten (in der aktuellen Biodiversitätsstrategie der Landesregierung ist dieses Ziel bereits für das „Zieljahr“ 2020 beschrieben)?

**CDU**

Ja, wird befürwortet.

**DIE LINKE.**

Ja, wird befürwortet.



Ja, aber der Anteil soll auf 25 % bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode steigen. Dazu ist ein Brandenburger Aktionsplan notwendig.

**SPD**

Ja, wird befürwortet. Wollen in nächster Wahlperiode einen dreistelligen Millionenbetrag für Ökolandbau einsetzen.  
Anm.: Dieser ist bisher auch bereits dreistellig.

## Frage

Wären Sie dafür, die Umstellungsprämie für die zweijährige Umstellungsphase zu erhöhen? Wenn ja, um wie viel?

**CDU**

Ja, wird befürwortet. Sollte dem Bundesdurchschnitt angepasst werden.

**DIE LINKE.**

Grundsätzlich ja. In Absprache mit den Anbauverbänden soll geprüft werden, an welchen Stellen eine verbesserte Förderung notwendig ist.



Ja, wird befürwortet. Prämien liegen aktuell unter Bundesdurchschnitt.

**SPD**

Ja, wird befürwortet. Sollte sich an Bundesländern mit ähnlichen landwirtschaftlichen Strukturen (z.B. MV) orientieren.



# Agrarpolitischer Arbeitskreis Ökologischer Landbau Brandenburg

## Frage

Wären Sie bereit, auch die Beibehaltungsprämie zu erhöhen? Wenn ja, um wie viel?



Nein, da Beibehaltungsförderung im Bundesdurchschnitt liegt (siehe auch Enquete-Kommission).



In Absprache mit den Anbauverbänden soll geprüft werden, an welchen Stellen eine verbesserte Förderung notwendig ist.



Nein, da Beibehaltungsförderung im Bundesdurchschnitt liegt (siehe auch Enquete-Kommission).



Nein, da Beibehaltungsförderung im Bundesdurchschnitt liegt.

## Frage

Wie stehen Sie zu einem Kontrollkostenzuschuss für die Ökobetriebe? Wie könnte dieser aussehen?



Ja, sollte gezahlt werden: 50 Euro/ha, max. 600 Euro pro Unternehmen.



In Absprache mit den Anbauverbänden soll geprüft werden, an welchen Stellen eine verbesserte Förderung notwendig ist.



Ja, sollte gezahlt werden. Gab bereits Antrag dazu: 50 Euro/ha, max. 600 Euro pro Unternehmen, der abgelehnt wurde.



Einführung eines Kontrollkostenzuschusses soll hinsichtlich Effizienz geprüft werden.



# Agrarpolitischer Arbeitskreis Ökologischer Landbau Brandenburg

## Frage

Wären Sie bereit, die Existenzgründungsbeihilfe für Junglandwirte nach dem Vorbild von Sachsen-Anhalt auch in Brandenburg anzubieten?



Ja, wird befürwortet.



Wenn der Finanzrahmen der nächsten Förderperiode klar ist, dann kommt dies nach Möglichkeit in Betracht.



Ja. Ähnlich Sachsen-Anhalt prüfen und ggf. 70.000 Euro über 5 Jahre im Rahmen der 2. Säule. Intensive Begleitung und Beratung der Neugründer\*innen anbieten.



Landesprogramm ist möglich, wenn die Ergebnisse der Existenzgründungsbeihilfe für Junglandwirte in Sachsen-Anhalt positive Ergebnisse gebracht haben. Austausch mit Sachsen-Anhalt dazu geplant.

## Frage

Es fehlt an Verarbeitungsunternehmen, so dass die Wertschöpfung oft außerhalb Brandenburgs stattfindet. Es fehlt an einem konkreten Förderinstrumentarium, um den Bereich aufzubauen. Wären Sie bereit, die hierfür notwendigen Mittel – notfalls aus Landesmitteln – zu finanzieren?



„Made aus Brandenburg“ soll etabliert werden, aber keine klare Aussage, ob Mittel dafür bereitgestellt werden.



Es soll Aktionsplan Regionalvermarktung aufgelegt werden. Dazu werden EU-, Bundes- und Landesmittel eingesetzt.



Ja, zu Finanzierung aus Landesmitteln bereit. Förderung des Aufbaus und des Management von Wertschöpfungsketten.



Keine klare Aussage.



# Agrarpolitischer Arbeitskreis Ökologischer Landbau Brandenburg

## Frage

Sehen Sie die öffentliche Hand in der Verantwortung bzw. in der Position, einen Beitrag für den Aufbau einer regionalen Nachfrage, z.B. in der öffentlichen Verpflegung, zu leisten? Was können Sie sich hier vorstellen?



Mittagessen in Kitas und Schulen sollten aus regionalen Produkten bestehen, für entstehende Mehrkosten soll das Land aufkommen sowie Anpassung der Förderrichtlinien zu Marktstrukturverbesserung und die Förderung der Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Beratungsdienstleistungen darauf ausrichten, dass Angebot und Marktpotenziale gegenübergestellt werden



Ja, wir sehen uns in der Verantwortung. Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie, nach der die Landesregierung ökologische und soziale Kriterien beim Abschluss von Dienstleistungs- und Lieferverträgen zu berücksichtigen hat. Dies betrifft dann auch Verpflegung in den Landeseinrichtungen.



Große Vorbildwirkung der öffentlichen Hand und damit große Verantwortung. Öffentliche Kantinen, Kitas, Schulen, Mensen etc. sollten Vorbildrolle übernehmen.



Eine Anschubnachfrage aus der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung würde befördert werden.

## Frage

Wie groß ist Ihrer Meinung nach die Chance, nach dem Vorbild Berlins eine Ernährungsstrategie auszuarbeiten und können Sie sich hier eine Zusammenarbeit mit Berlin vorstellen?



Hier sollte das schon existierende Cluster Ernährungswirtschaft Brandenburg genutzt und ausgebaut werden. Zusammenarbeit mit Berlin ist nicht beantwortet.



Hier greift o.g. Aktionsplan, und eine enge Zusammenarbeit mit Berlin ist wichtig. Berlin braucht die Brandenburger Ware und Brandenburg den Berliner Markt.



Ernährungsstrategie nach Vorbild des Kopenhagener „House of Food“. Weiterbildung und Beratung in der Gemeinschaftsverpflegung möglichst kostenneutral. Eine enge Zusammenarbeit mit Berlin ist zielführend.



Ernährungsstrategie wird begrüßt und eine enge Zusammenarbeit mit Berlin angestrebt.



# Agrarpolitischer Arbeitskreis Ökologischer Landbau Brandenburg

## Frage

Nutzung der öffentlichen Gelder für die sogenannten neuen gesellschaftlichen Herausforderungen, wie Ressourcen- und Klimaschutz, Tierwohl, Biodiversität etc. Dafür braucht es die Bereitstellung finanzieller Mittel. Was halten Sie davon, einen nennenswerten Teil der bisher „gleichberechtigt“ über die ha verteilte Basisprämie konsequent an die Erbringung bestimmter gesellschaftlicher Leistungen, wie Tierwohl, Klimaschutz oder Biodiversität zu koppeln? Sind Sie bereit, sich für eine schrittweise Umwidmung der Basisprämie einzusetzen?



Es wird an der GAP und den Direktzahlungen festgehalten.



Die Umschichtung von 1. in die 2. Säule soll davon abhängig gemacht werden, welche ökologischen und sozialen Kriterien in der 1. Säule verankert werden.



Stehen für Neuaufstellung der Agrarpolitik. Umschichtung von Mitteln aus 1. Säule in die 2. Säule wird angestrebt.



Keine konkrete Aussage. Finanzielle Anreize für eine naturverträgliche Landnutzung sollen geschaffen werden. Verlässliche Beratung für die Landwirte ist wichtig.

## Frage

Die Umsetzung des Brandenburger Tierschutzplanes droht gegenwärtig an der fehlenden Finanzierung bzw. dem politischen Willen zu scheitern, die Landwirte beim Umbau ihrer Tierhaltung auch mit finanziellen Anreizen zu unterstützen. Wie stehen Sie daher zu Maßnahmen wie Weide- oder Ringelschwanzprämie?



Finanzielle Anreize sind notwendig und sollten geschaffen werden, aber gekoppelte Zahlungen, wie z.B. Weidetierprämie, werden abgelehnt. Finanzielle Unterstützung von Modell-, Konsultations- und Demonstrationsbetrieben



Einsatz für vollumfängliche Umsetzung des Tierschutzplans. Dort „Ringelschwanzprämie“ oder Förderung adäquater Haltungsbedingungen enthalten. Tiergebundene Weidetierprämie wird ausdrücklich befürwortet.



Einsatz von Prämien und Bonusprogramme, wie Ringelschwanzprämie, wird als sinnvoll erachtet. Honorierung der Leistungen der Schäfer ebenfalls sehr wichtig.



Keine konkrete Aussage. Die Möglichkeit, die 2. Säule im KULAP bietet, soll genutzt werden.



# Agrarpolitischer Arbeitskreis Ökologischer Landbau Brandenburg

## Frage

In einem vom MLUL geförderten Projekt soll ein Brandenburger Konzept für eine zukünftige Naturschutzfachberatung erarbeitet werden. Die beste Naturschutzberatung bleibt aber zahlos, wenn den Landwirten keine Honorierung der notwendigen/ empfohlenen Maßnahmen angeboten wird. Sind Sie bereit, hierfür geeignete Maßnahmen anzubieten und finanziell auszustatten?



In der zweiten Säule soll ein Schwerpunkt auf den Agrarumweltmaßnahmen liegen, welche auch mit Landesmittel gefördert werden.



Umfassendes Angebot von Fördermaßnahmen im Bereich Naturschutz gibt es bereits, dieses muss bezüglich Wirksamkeit der Maßnahmen evaluiert werden. Beratung und Förderung aufeinander abstimmen. Naturschutzberatung muss in betriebswirtschaftliche Beratung integriert werden.



Beratungsansatz wird begrüßt und sollte über Landes- und EU-Mittel förderfähig sein.



Keine konkrete Aussage, aber Fachberatung wird als notwendig angesehen.

## Frage

Sehen Sie die Möglichkeit, die zwei parallel laufenden Volksinitiativen zusammenzuführen und aus beiden Ansätzen ein Maßnahmenprogramm für Biodiversität abzuleiten / zu entwickeln? Wenn ja, was wären ihre 4 wichtigsten Maßnahmen?



Konsens zwischen beiden Positionen sollte hergestellt werden. Förderung Blühstreifen auch für Ökobetriebe / Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln / Stärkung Vertragsnaturschutz / Unterstützung der Kommunen beim Verzicht von Pflanzenschutzmitteln



Es werden beide Volksinitiativen unterstützt. Anspruchsvolle Ziele, die für Landwirte umsetzbar sind, gemeinsam mit Umwelt- und Landwirtschaftsverbänden entwickeln. Förderprogramme für insektenfreundliche Bewirtschaftung werden zentral sein, ebenso wie Ökolandbau und Reduzierung des Pestizideinsatzes.



Eine etwaige Zusammenführung obliegt den beiden Initiatoren.



Partei wird sich bemühen, die Anliegen beider Volksinitiativen zusammenzuführen. Dialogprozess Insektenschutz ist eingeleitet und als Ergebnis soll ein Aktionsprogramm Insektenschutz erarbeitet werden. Anlage von Streuobstwiesen, Gehölzen und Blühstreifen soll für konventionelle und Ökobetriebe gefördert werden. Maßnahmenprogramm Biologische Vielfalt soll durch den zielgerichteten Einsatz von Fördergeldern im Rahmen der AUM stärker mit Leben erfüllt werden (Beratung, differenzierte Förderung nach Gebietskulissen)



# Agrarpolitischer Arbeitskreis Ökologischer Landbau Brandenburg

## Frage

Welche Instrumente und finanzielle Unterstützung sollte die Agrarforschung an die Hand bekommen, um Maßnahmen gegen den Klimawandel entwickeln zu können?

**CDU**

Finanzielle Unterstützung von Modell-, Konsultations- und Demonstrationsbetrieben, um neue wissenschaftliche Erkenntnisse in die Praxis zu überführen; Fortführung von EIP, sofern dies von EU weiter gefördert wird

**DIE LINKE.**

Transfer der wissenschaftlichen Ergebnisse in die Praxis soll verbessert werden. Landwirtschaftliches Versuchswesen muss wieder an Bedeutung gewinnen.



Einsatz dafür, dass mehr Agrarforschungsmittel in die Forschung zum Ökolandbau fließen.

**SPD**

Forum zum Wissensaustausch schaffen. Prüfung, ob Konvergenzzentrum Brandenburg gegründet werden sollte.

## Frage

Die Personalausstattung in der Agrarverwaltung ist sehr schlank. Wie können bei den heutigen Herausforderungen die Betriebe kompetent und intensiv begleitet werden? Würden Sie sich für die Schaffung eines eigenständigen Ökolandbau-Referats im Ministerium mit zusätzlichem Personal einsetzen?

**CDU**

Eine sachgerechte Ausstattung der Landesverwaltung ist notwendig. Für stärkere Unterstützung des Ökolandbaus soll Kompetenzzentrum Ökolandbau eingerichtet werden.

**DIE LINKE.**

Treten für bedarfsgerechte Ausstattung der Landesverwaltung. Ob eigenes Referat notwendig ist, muss geprüft werden und hängt von Personalstärke ab.



Bedarf ist notwendig (siehe auch Ergebnis Enquete-Kommission). Die Form ist noch offen. Landeskompetenzzentrum Ökolandbau soll geschaffen werden.

**SPD**

Keine Aussage.



# Agrarpolitischer Arbeitskreis Ökologischer Landbau Brandenburg

## Frage

Wären Sie bereit, zur Entbürokratisierung auf landesspezifische Zusatzaufgaben bei der Ökoförderung zu verzichten?

**CDU**

Ja, wird befürwortet.

**DIE LINKE.**

Keine pauschale Antwort möglich. Entbürokratisierung der Förderung notwendig. Landesspezifische Auflagen aber z.T. sinnvoll, wenn sie der Erreichung von Landeszielen dienen.



Ja, wird befürwortet. Es müssen aber unterschiedliche Voraussetzungen, die durch naturräumliche Gegebenheiten und die Historie gegeben sind, berücksichtigt werden, und es darf keine Übervorteilung bzw. Benachteiligung einiger Landstriche geben.

**SPD**

Entbürokratisierung wird auf EU- und Landesebene unterstützt.

## Frage

Was halten Sie davon, hoheitliche Aufgaben an die Öko-Kontrollstellen (z.B. Überprüfung der Einhaltung der DüVo u.ä.) zu übertragen, um die Anzahl von Kontrollbesuchen und Aufzeichnungsverpflichtungen zu reduzieren.

**CDU**

Nein, wird nicht befürwortet. Vorschläge zur Entbürokratisierung liegen aus Deutschland in Brüssel vor.

**DIE LINKE.**

Übertragung von hoheitlichen Pflichten an nicht-staatliche Organisationen wird für problematisch gehalten.



Übertragung hoheitlicher Aufgaben nicht ohne weiteres möglich. Übertragung nur möglich, wenn Kontrollqualität erhalten bleibt und es klar abgegrenzte Verantwortlichkeiten und Kompetenzen gibt.

**SPD**

Da Ausführungsverordnungen (wie z.B. bei der Düng-VO) Ländersache sind, sollte die Kontrolle durch Fachbehörden des Landes erfolgen.





# Agrarpolitischer Arbeitskreis Ökologischer Landbau Brandenburg

## Frage

Was halten sie vom holländischen Modell, in dem die Umsetzung der Agrarumweltmaßnahmen auf privatrechtlich organisierte, kooperativ zusammengesetzte Zusammenschlüsse (wie z.B. Landschaftspflegeverbände) übertragen wird?

**CDU**

Soll nicht an z.B. Landschaftspflegeverbände übertragen werden. Dafür Beitragszahlungen oder anteilige AUM-Gelder für das Management notwendig => in Eigenverantwortung der Betriebe belassen

**DIE LINKE.**

Hierzu müssen Vor- und Nachteile geprüft und Erfahrungen aus den Niederlanden angesehen werden.



Modell sehr innovativ. Es fehlen noch ein umfangreiches Monitoring des Pilotprojektes sowie ein Überblick zu den Umweltauswirkungen. Deshalb ist eine Einschätzung aktuell noch schwierig.

**SPD**

Interessantes Modell, aber aktuell nicht einschätzbar, ob sich seine Vorteile unproblematisch auf Brandenburg übertragen lassen.